

**Änderungsantrag**  
(zu Drs. 16/1038)

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 23.03.2009

**Extremismus in jeder Form konsequent entgegnetreten - Gemeinsam gegen den Naziaufmarsch am 1. Mai in Hannover**

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/1038

Der Landtag wolle den Antrag in folgender Fassung beschließen:

## EntschlieÙung

**Rechtsextremismus konsequent entgegnetreten - Gemeinsam gegen den Naziaufmarsch am 1. Mai in Hannover**

Der Landtag schließt sich ausdrücklich der einstimmig am 26. Februar 2009 beschlossenen und von allen im Rat der Landeshauptstadt Hannover vertretenen Fraktionen und Gruppen eingebrachten Resolution gegen Rechtsextremismus in Hannover an, welche folgenden Wortlaut besitzt:

„Als Landeshauptstadt und Messestadt ist Hannover eine weltoffene Stadt mit einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft. In Hannover leben Menschen aus 172 Nationen und Kulturen. Hannover steht für Weltoffenheit, Gleichberechtigung und Toleranz. Wir wollen erreichen, dass sich alle Hannoveranerinnen und Hannoveraner - gleich welcher Herkunft, Religion oder Nationalität - in unserer Stadt wohlfühlen, leben, lernen und arbeiten können.

Wenn Menschen in unserer Stadt aufgrund ihrer Herkunft, Nationalität, Kultur oder sozialer Stellung angefeindet oder diskriminiert werden, stört dies das friedliche Zusammenleben und schadet dem Wohl unserer Stadt.

Dem treten wir entgegen:

- Wir wollen nicht zulassen, dass Hannover von rechtsextremen, fremden- und ausländerfeindlichen Organisationen und Personen als Veranstaltungsort und Betätigungsfeld zur Verbreitung gegen die Demokratie und Menschenwürde gerichteten Aktivitäten genutzt wird.
- Wir fordern die verantwortlichen Stellen auf, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um ein Auftreten rechtsextremistischer Gruppen, so genannte ‚Freie Kameradschaften‘ und rechtsfaschistische Skinheads am 1. Mai in Hannover zu verhindern.
- Wir fordern die Stadtverwaltung auf, Akteure der Stadtgesellschaft zu unterstützen, um sichtbare Zeichen des Protestes zu setzen.

Die Aktion ‚Schals gegen Rassismus‘ steht symbolisch für die Haltung des Rates gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus sowie gegen die Verbreitung ihrer Ideologie. Und sie verdeutlicht die Verbundenheit des Rates mit den Aktivitäten gesellschaftlicher Gruppen gegen Rechtsextremismus in unserer Stadt. Alle Menschen in unserer Stadt rufen wir dazu auf, sich an friedlichen Protesten und Aktivitäten gegen das Auftreten von Rechtsextremisten und Neonazis in Hannover am 1. Mai zu beteiligen und dies durch eine zahlreiche Teilnahme an dem Fest der Demokratie am 1. Mai auf dem Klagesmarkt deutlich zu machen. Hannover muss eine Stadt der Demokratie und Toleranz bleiben. In ihr haben Feinde der Demokratie keinen Platz!“

Begründung

Mit der Resolution gegen Rechtstextremismus in Hannover hat der Rat der Landeshauptstadt Hannover ein wichtiges parteiübergreifendes Signal gegen den geplanten Neonaziaufmarsch am 1. Mai 2009 gesetzt. Es ist ein Gebot der Stunde, dass der Landtag diesem folgt und uneingeschränkt unterstützt.

Christa Reichwaldt

Parlamentarische Geschäftsführerin